

Stand: 20.04.2026 06:37:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/15370

"Steuern Steuerbetrug und Steuerhinterziehung - Verstärkung der Vorschriften für die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und Ausweitung des Informationsaustauschs 10.03.2021 - 02.06.2021"

---

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 18/15370 vom 13.04.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/16616 des HA vom 22.06.2021
3. Beschluss des Plenums 18/16958 vom 06.07.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 87 vom 06.07.2021



## Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;**

### Steuern

**Steuerbetrug und Steuerhinterziehung – Verstärkung der Vorschriften für die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und Ausweitung des Informationsaustauschs**

**10.03.2021 - 02.06.2021**

### Verfahren gemäß § 83d BayLTGescho

1. Der Ausschuss hat in seiner 37. Sitzung am 13. April 2021 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Konsultationsverfahren zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zu überweisen (§ 83d Abs. 1 BayLTGescho).

### Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die [Konsultation](#) landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Die EU- Kommission verabschiedete am 15. Juli 2020 mit dem [Aktionsplan für eine gerechte und einfache Besteuerung zur Unterstützung der Wiederaufbaustrategie](#) ein neues Steuerpaket, um die Bekämpfung von Steuermisbrauch zu verstärken, die Steuerverwaltungen dabei zu unterstützen, mit einer Wirtschaft im ständig Wandel Schritt zu halten, und den Verwaltungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu verringern.

Eine der im Aktionsplan genannten Maßnahmen ist die Aktualisierung der [Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung](#), um deren Anwendungsbereich auszudehnen und den Rahmen für die Verwaltungszusammenarbeit zu stärken.

Zweck der gegenständlichen Konsultation ist es, die erforderlichen Daten und Belege zu sammeln, um beurteilen zu können, ob neue Vorschriften für die Meldung und den Informationsaustausch zu Steuerzwecken bei E-Geld und Kryptowerten sowie neue Vorschriften über Sanktionen und Befolgungsmaßnahmen für die verschiedenen Meldepflichten gemäß der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung erforderlich sind und welchen Anwendungsbereich diese Bestimmungen haben sollen.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**

**Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**  
Drs. 18/15370

**Konsultationsverfahren der Europäischen Union;**

**Steuern**

**Steuerbetrug und Steuerhinterziehung – Verstärkung der Vorschriften für die  
Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und Ausweitung des Informations-  
austauschs**

**10.03.2021 - 02.06.2021**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende  
Stellungnahme abzugeben:

1. Die zunehmende Globalisierung und Digitalisierung der Wirtschaft stellt nationale Steuerverwaltungen, aber auch Unternehmer vor große Herausforderungen. Ein erhöhtes Risiko von Doppelbesteuerung für Unternehmen und die Gefahr von Besteuerungslücken zulasten des Fiskus sind die Folge. Sowohl Doppelbesteuerungen als auch Nichtbesteuerung verzerren den Wettbewerb zwischen international tätigen Unternehmen. Oberstes Ziel muss die Bewirkung der sachgerechten Einmalbesteuerung sein. Dies ist sowohl im Interesse der Unternehmen, als auch im Interesse der nationalen Haushalte, denn es vermeidet langwierige Rechtsbehelfs- und Verständigungsverfahren und somit Bürokratieaufwand. Um eine zutreffende Besteuerung der international agierenden Unternehmen sicherzustellen, müssen sich die Steuerverwaltungen international miteinander vernetzen und zusammenarbeiten.
2. Die europäische Rechtsgrundlage für die grenzüberschreitende Verwaltungszusammenarbeit der Finanzbehörden der Mitgliedstaaten ist die Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung. Diese Richtlinie wurde durch das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz (Gesetz vom 26. Juni 2013, BGBl. I 2013, S. 1809) mit Wirkung vom 1. Januar 2013 in nationales Recht umgesetzt und ist seither von den Finanzbehörden anzuwenden.

3. Die Sicherstellung einer sachgerechten Besteuerung erfordert in erster Linie effiziente Prüfmechanismen. Im Zentrum steht dabei die steuerliche Betriebsprüfung. Diese darf nicht an den Staatsgrenzen enden, sondern muss auch über internationale, abgestimmte Ermittlungsmöglichkeiten verfügen. Die kürzlich beschlossene 7. Änderung der Richtlinie 2011/16/EU über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung ist als wichtiger Schritt sehr zu begrüßen. Positiv hervorzuheben ist die Aufnahme einer neuen Rechtsvorschrift für grenzüberschreitende Betriebsprüfungen, die wichtige Grundfragen dieses Instruments verbindlich für den europäischen Wirtschaftsraum regelt. Die Verbesserungen, die durch diesen Legislativakt für die Praxis erzielt werden, schaffen Rechtssicherheit für Verwaltung und Unternehmen.
4. Insgesamt müssen die Steuerverwaltungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Zusammenarbeit weiter verbessern. Effiziente gemeinsame Betriebsprüfungen erfordern eine fundierte Vorbereitung – insbesondere die gemeinsame Auswahl von Prüfungsschwerpunkten. Die richtige Definition der Prüfungsschwerpunkte bildet den Grundstein dafür, dass Ressourcen zielführend eingesetzt werden. Unnötige Prüfungen bzw. falsche Schwerpunktsetzung bewirken überflüssigen Compliance-Aufwand. Daher sollten nicht nur der Rechtsrahmen für gemeinsame Prüfungen, sondern auch die rechtlichen Grundlagen für die vorherige gemeinsame Risikoanalyse stärker in den steuerpolitischen Fokus gerückt werden.
5. In diesem Zusammenhang ist die Cooperative Compliance Initiative der Europäischen Kommission zu begrüßen, die im „Aktionsplan für eine faire und einfache Besteuerung zur Unterstützung der Aufbaustrategie“ enthalten ist und auf mehr Zusammenarbeit, Vertrauen und Transparenz zwischen den Steuerverwaltungen beruht. Sie soll einen Rahmen für einen Dialog zwischen den Steuerverwaltungen im Hinblick auf die gemeinsame Lösung grenzübergreifender Steuerfragen im Bereich der Unternehmensbesteuerung definieren und im Jahr 2021 vorbereitet werden.
6. Mit der Gründung des Internationalen Steuerzentrums (IStZ) im Jahr 2013 hat sich Bayern der internationalen Zusammenarbeit angenommen und bereits wertvolle Erfahrungen sammeln können. Die Arbeit des IStZ fokussierte sich in den ersten Jahren vorwiegend darauf, internationale Betriebsprüfungen zu pilotieren. In jüngster Zeit stand für Bayern aber nicht nur die direkte Zusammenarbeit von internationalen Prüfer-Teams im Fokus. Auch die aktive Mitwirkung an Pilotprojekten für eine frühzeitige gemeinsame Risikoanalyse war ein Schwerpunkt.
7. Die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) hat 2019 das „International Compliance Assurance Programme 2.0“ (ICAP 2.0) ins Leben gerufen. Im Rahmen des ICAP 2.0 bewerten die teilnehmenden Steuerverwaltungen auf Basis der länderbezogenen Berichte (Country-by-Country Reports) eines Unternehmens die Verrechnungspreis- und Betriebsstättenrisiken einer multinationalen Unternehmensgruppe und tauschen sich hierüber zwischenstaatlich aus. Im besten Fall stellt sich am Ende heraus, dass alle beteiligten Steuerverwaltungen keinen Anhaltspunkt für Beanstandungen erkennen und die steuerlichen Sachverhalte vom Unternehmen zutreffend erklärt wurden. Dann erteilen die Verwaltungen - sofern das nationale Verfahrensrecht dies zulässt - dem Unternehmen eine Bestätigung („Assurance“). Bei Betriebsprüfungen können diese Sachverhalte anschließend ausgespart oder nur noch in der gebotenen Kürze geprüft werden. Umgekehrt können auch frühzeitig Prüfungsschwerpunkte identifiziert werden, wenn sich im Rahmen des ICAP-Prozesses herausstellt, dass nicht alle Finanzverwaltungen mit der Darstellung des grenzüberschreitenden Sachverhalts einverstanden sind. Die frühzeitige Identifikation eines Problembereichs noch vor dem Beginn von Prüfungen ist zu begrüßen, weil abgestimmte internationale Bewertungen zu einer korrekten Einmalbesteuerung führen. Hierdurch können langwierige und ressourcenintensive Streitigkeiten zwischen den betroffenen Steuerverwaltungen im Vorfeld vermieden werden. Davon profitiert nicht nur der Fiskus, sondern auch die Unternehmen, die andernfalls

aufwendige Verständigungsverfahren einleiten müssen, um die Doppelbesteuerung zu beseitigen.

8. Das Pilotprojekt hat vielfältige Vorteile dieses neuartigen Verfahrens aufgezeigt. Für ein zukunftsfähiges und flächendeckend angewandtes Instrument fehlt es jedoch an einem einheitlichen internationalen Rechtsrahmen. Unternehmen und Verwaltung benötigen mehr als faktische Rechtssicherheit in internationalen Rechtsfragen. Eine gemeinsame Risikoanalyse durch zwei oder mehr Steuerverwaltungen, die zusammen mit einem transparent agierenden Unternehmen betrieben wird, muss in standardisierte Resultate münden, um eine zweckdienliche Überleitung in die nationalen Prüfverfahren zu ermöglichen.
9. Die Problematik des fehlenden Rechtsrahmens stellt sich auch beim sog. „Cross-Border-Dialogue“, einem finnischen Instrument der Risikoanalyse, welches von Bayern als neue Form der länderübergreifenden Zusammenarbeit pilotiert wurde. Anders als ICAP ist der Cross-Border-Dialogue nicht an die länderbezogenen Berichte gebunden. Er steht daher grundsätzlich allen Unternehmen offen, die grenzüberschreitende Sachverhalte aufweisen. Auf die Größe des Unternehmens kommt es nicht an. Das Verfahren eignet sich daher insbesondere auch für kleinere bis mittelgroße Unternehmen.
10. Beim Cross-Border-Dialogue beantragt das Unternehmen bei den betroffenen Steuerverwaltungen eine gemeinsame Einschätzung eines steuerlich bedeutsamen Sachverhalts im aktuellen Veranlagungszeitraum. Ziel ist es, durch die Risikoabschätzung den Finanzverwaltungen einerseits erhöhte Informationssicherheit und dem Unternehmen andererseits eine gewisse Rechtssicherheit zu gewähren. Am Ende des Verfahrens gibt es keine verbindliche Vereinbarung zwischen den Finanzverwaltungen, sondern jede Verwaltung überführt die Erkenntnisse ins nationale Besteuerungsverfahren. Somit profitieren die Unternehmen unilateral jeweils im Verhältnis zu ihrer nationalen Steuerverwaltung. Verbesserte Transparenz und die Möglichkeit zur Abstimmung mit den ausländischen Kollegen im Vorfeld einer nationalen Entscheidung über die weitere Prüfung des Unternehmens, sind Pluspunkte für die Steuerverwaltungen.
11. Die internationale Zusammenarbeit in den Pilotverfahren war auf Basis des EU-Amtshilfegesetzes und der Informationsaustauschklauseln in den Doppelbesteuerungsabkommen möglich. Einheitliche Maßstäbe für den Abschluss der Verfahren am Ende des Informationsaustauschs fehlen bislang. Mit einheitlichen EU-weiten Verfahrensregelungen könnte diesem Problem entgegengewirkt und eine europäische gemeinsame Risikoanalyse effizienter ausgestaltet werden.
12. Es ist deshalb zu begrüßen, dass die Europäische Kommission die Themenbereiche „Verbesserung der Verwaltungszusammenarbeit“ und „Verbesserung der Situation von Steuerbürgern in der EU“ – insbesondere auch Vermeidung der Doppelbesteuerung - weiter in den Fokus rückt und wichtige steuerpolitische Verbesserungen erreichen will. Gerade die Verbindung der Themen unter dem Arbeitstitel „cooperative compliance“ kann wichtige Synergieeffekte heben. Die Kommission betritt hier einen zukunftsweisenden Weg.
13. Die Richtlinie, die insbesondere die Ausweitung des Informationsaustauschs zum Ziel hatte, hält die Datenschutz-Standards der jeweiligen Mitgliedstaaten ein. Diese müssen den Standards der DSGVO entsprechen. Zudem muss sichergestellt sein, dass die neuen Verfahren zu keiner Mehrbelastung der Wirtschaft und der Bürger führen.

14. Zusammengefasst ergibt sich aus den Erfahrungen Bayerns, dass eine Erweiterung des Rechtsrahmens für eine gemeinsame Risikoanalyse durch die europäischen Steuerverwaltungen entlang folgender Linien zielführend wäre:
- In Ergänzung der bisherigen Rechtsinstitute sollte ein neues formalisiertes Verfahren für eine frühzeitige Zusammenarbeit der Steuerverwaltungen geschaffen werden, das eine Identifikation von Prüfungsschwerpunkten bzw. eine Abschichtung unproblematischer Aspekte vorsieht.
  - Dazu bedarf es klarer und abgestimmter Regeln, nach welchen Grundsätzen und für welche Rechtsfragen dieses Kooperationsverfahren betrieben werden kann.
  - Die Stellung des Unternehmens und seine Beteiligungsmöglichkeiten sind genau zu definieren. Insbesondere ist auch der Grad seiner Mitwirkung zu regeln.
  - Es sollte einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen für den Abschluss dieser Verfahren geben; das europäische Recht sollte eine Regelung enthalten, wie die Ergebnisse im Verhältnis zwischen den Staaten und im Verhältnis zwischen der jeweiligen Steuerverwaltung und den Unternehmen fixiert werden.
  - Eine frühzeitige gemeinsame Analyse von grenzüberschreitenden Sachverhalten darf nicht nur multinationalen Unternehmensgruppen offenstehen, sondern muss auch für europaweit agierende mittelständische Betriebe zugänglich sein. Gerade für mittelständische Betriebe muss die steuerliche Rechtssicherheit gezielt verbessert werden.
  - Von einer frühzeitigen gemeinsamen Analyse sollten auch andere internationale Verfahren – insbesondere Streitbeilegungs- und Streitvermeidungsverfahren – profitieren, indem die Verwertung der Ergebnisse auch für Vorabverständigungsverfahren (sog. APAs) und Joint Audits vorgesehen wird.

Die Stellungnahme wird unmittelbar an die Europäische Kommission übermittelt.

Berichterstatter: **Bernhard Pohl**  
Mitberichterstatter: **Tim Pargent**

## II. Bericht:

1. Der EU-Konsultation gemäß § 83d BayLTGeschO wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren endberaten.
2. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat das Konsultationsverfahren in seiner 100. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§83d Abs. 2 BayLTGeschO).
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat das Konsultationsverfahren in seiner 101. Sitzung am 17. Juni 2021 federführend beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Zustimmung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Zustimmung
  - AfD: kein Votum
  - SPD: Zustimmung
  - FDP: Zustimmungzu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren in seiner 41. Sitzung am 22. Juni 2021 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

AfD: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FDP: Zustimmung

empfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“

**Josef Zellmeier**

Vorsitzender



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Konsultationsverfahren der Europäischen Union;**

Drs. 18/15370, 18/16616

#### **Steuern**

#### **Steuerbetrug und Steuerhinterziehung – Verstärkung der Vorschriften für die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und Ausweitung des Informationsaustauschs**

**10.03.2021 – 02.06.2021**

Drs. 18/15370, 18/16616

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende Stellungnahme abzugeben:

1. Die zunehmende Globalisierung und Digitalisierung der Wirtschaft stellt nationale Steuerverwaltungen, aber auch Unternehmer vor große Herausforderungen. Ein erhöhtes Risiko von Doppelbesteuerung für Unternehmen und die Gefahr von Besteuerungslücken zulasten des Fiskus sind die Folge. Sowohl Doppelbesteuerungen als auch Nichtbesteuerung verzerren den Wettbewerb zwischen international tätigen Unternehmen. Oberstes Ziel muss die Bewirkung der sachgerechten Einmalbesteuerung sein. Dies ist sowohl im Interesse der Unternehmen, als auch im Interesse der nationalen Haushalte, denn es vermeidet langwierige Rechtsbehelfs- und Verständigungsverfahren und somit Bürokratieaufwand. Um eine zutreffende Besteuerung der international agierenden Unternehmen sicherzustellen, müssen sich die Steuerverwaltungen international miteinander vernetzen und zusammenarbeiten.
2. Die europäische Rechtsgrundlage für die grenzüberschreitende Verwaltungszusammenarbeit der Finanzbehörden der Mitgliedstaaten ist die Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung. Diese Richtlinie wurde durch das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz (Gesetz vom 26. Juni 2013, BGBl. I 2013, S. 1809) mit Wirkung vom 1. Januar 2013 in nationales Recht umgesetzt und ist seither von den Finanzbehörden anzuwenden.
3. Die Sicherstellung einer sachgerechten Besteuerung erfordert in erster Linie effiziente Prüfmechanismen. Im Zentrum steht dabei die steuerliche Betriebsprüfung. Diese darf nicht an den Staatsgrenzen enden, sondern muss auch über internationale, abgestimmte Ermittlungsmöglichkeiten verfügen. Die kürzlich beschlossene 7. Änderung der Richtlinie 2011/16/EU über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung ist als wichtiger Schritt sehr zu begrüßen. Positiv hervorzuheben ist die Aufnahme einer neuen Rechtsvorschrift für grenzüberschreitende Betriebsprüfungen, die wichtige Grundfragen dieses Instruments verbindlich für den europäischen Wirtschaftsraum regelt. Die Verbesserungen, die

durch diesen Legislativakt für die Praxis erzielt werden, schaffen Rechtssicherheit für Verwaltung und Unternehmen.

4. Insgesamt müssen die Steuerverwaltungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Zusammenarbeit weiter verbessern. Effiziente gemeinsame Betriebsprüfungen erfordern eine fundierte Vorbereitung – insbesondere die gemeinsame Auswahl von Prüfungsschwerpunkten. Die richtige Definition der Prüfungsschwerpunkte bildet den Grundstein dafür, dass Ressourcen zielführend eingesetzt werden. Unnötige Prüfungen bzw. falsche Schwerpunktsetzung bewirken überflüssigen Compliance-Aufwand. Daher sollten nicht nur der Rechtsrahmen für gemeinsame Prüfungen, sondern auch die rechtlichen Grundlagen für die vorherige gemeinsame Risikoanalyse stärker in den steuerpolitischen Fokus gerückt werden.
5. In diesem Zusammenhang ist die Cooperative Compliance Initiative der Europäischen Kommission zu begrüßen, die im „Aktionsplan für eine faire und einfache Besteuerung zur Unterstützung der Aufbaustrategie“ enthalten ist und auf mehr Zusammenarbeit, Vertrauen und Transparenz zwischen den Steuerverwaltungen beruht. Sie soll einen Rahmen für einen Dialog zwischen den Steuerverwaltungen im Hinblick auf die gemeinsame Lösung grenzübergreifender Steuerfragen im Bereich der Unternehmensbesteuerung definieren und im Jahr 2021 vorbereitet werden.
6. Mit der Gründung des Internationalen Steuerzentrums (IStZ) im Jahr 2013 hat sich Bayern der internationalen Zusammenarbeit angenommen und bereits wertvolle Erfahrungen sammeln können. Die Arbeit des IStZ fokussierte sich in den ersten Jahren vorwiegend darauf, internationale Betriebsprüfungen zu pilotieren. In jüngster Zeit stand für Bayern aber nicht nur die direkte Zusammenarbeit von internationalen Prüferteams im Fokus. Auch die aktive Mitwirkung an Pilotprojekten für eine frühzeitige gemeinsame Risikoanalyse war ein Schwerpunkt.
7. Die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) hat 2019 das „International Compliance Assurance Programme 2.0“ (ICAP 2.0) ins Leben gerufen. Im Rahmen des ICAP 2.0 bewerten die teilnehmenden Steuerverwaltungen auf Basis der länderbezogenen Berichte (Country-by-Country Reports) eines Unternehmens die Verrechnungspreis- und Betriebsstättenrisiken einer multinationalen Unternehmensgruppe und tauschen sich hierüber zwischenstaatlich aus. Im besten Fall stellt sich am Ende heraus, dass alle beteiligten Steuerverwaltungen keinen Anhaltspunkt für Beanstandungen erkennen und die steuerlichen Sachverhalte vom Unternehmen zutreffend erklärt wurden. Dann erteilen die Verwaltungen – sofern das nationale Verfahrensrecht dies zulässt – dem Unternehmen eine Bestätigung („Assurance“). Bei Betriebsprüfungen können diese Sachverhalte anschließend ausgespart oder nur noch in der gebotenen Kürze geprüft werden. Umgekehrt können auch frühzeitig Prüfungsschwerpunkte identifiziert werden, wenn sich im Rahmen des ICAP-Prozesses herausstellt, dass nicht alle Finanzverwaltungen mit der Darstellung des grenzüberschreitenden Sachverhalts einverstanden sind. Die frühzeitige Identifikation eines Problembereichs noch vor dem Beginn von Prüfungen ist zu begrüßen, weil abgestimmte internationale Bewertungen zu einer korrekten Einmalbesteuerung führen. Hierdurch können langwierige und ressourcenintensive Streitigkeiten zwischen den betroffenen Steuerverwaltungen im Vorfeld vermieden werden. Davon profitiert nicht nur der Fiskus, sondern auch die Unternehmen, die andernfalls aufwendige Verständigungsverfahren einleiten müssen, um die Doppelbesteuerung zu beseitigen.
8. Das Pilotprojekt hat vielfältige Vorteile dieses neuartigen Verfahrens aufgezeigt. Für ein zukunftsfähiges und flächendeckend angewandtes Instrument fehlt es jedoch an einem einheitlichen internationalen Rechtsrahmen. Unternehmen und Verwaltung benötigen mehr als faktische Rechtssicherheit in internationalen Rechtsfragen. Eine gemeinsame Risikoanalyse durch zwei oder mehr Steuerverwaltungen, die zusammen mit einem transparent agierenden Unternehmen betrieben wird, muss in standardisierte Resultate münden, um eine zweckdienliche Überleitung in die nationalen Prüfverfahren zu ermöglichen.
9. Die Problematik des fehlenden Rechtsrahmens stellt sich auch beim sog. Cross-Border-Dialogue, einem finnischen Instrument der Risikoanalyse, welches von Bay-

ern als neue Form der länderübergreifenden Zusammenarbeit pilotiert wurde. Anders als ICAP ist der Cross-Border-Dialogue nicht an die länderbezogenen Berichte gebunden. Er steht daher grundsätzlich allen Unternehmen offen, die grenzüberschreitende Sachverhalte aufweisen. Auf die Größe des Unternehmens kommt es nicht an. Das Verfahren eignet sich daher insbesondere auch für kleinere bis mittelgroße Unternehmen.

10. Beim Cross-Border-Dialogue beantragt das Unternehmen bei den betroffenen Steuerverwaltungen eine gemeinsame Einschätzung eines steuerlich bedeutsamen Sachverhalts im aktuellen Veranlagungszeitraum. Ziel ist es, durch die Risikoabschätzung den Finanzverwaltungen einerseits erhöhte Informationssicherheit und dem Unternehmen andererseits eine gewisse Rechtssicherheit zu gewähren. Am Ende des Verfahrens gibt es keine verbindliche Vereinbarung zwischen den Finanzverwaltungen, sondern jede Verwaltung überführt die Erkenntnisse ins nationale Besteuerungsverfahren. Somit profitieren die Unternehmen unilateral jeweils im Verhältnis zu ihrer nationalen Steuerverwaltung. Verbesserte Transparenz und die Möglichkeit zur Abstimmung mit den ausländischen Kollegen im Vorfeld einer nationalen Entscheidung über die weitere Prüfung des Unternehmens, sind Pluspunkte für die Steuerverwaltungen.
11. Die internationale Zusammenarbeit in den Pilotverfahren war auf Basis des EU-Amtshilfegesetzes und der Informationsaustauschklauseln in den Doppelbesteuerungsabkommen möglich. Einheitliche Maßstäbe für den Abschluss der Verfahren am Ende des Informationsaustauschs fehlen bislang. Mit einheitlichen EU-weiten Verfahrensregelungen könnte diesem Problem entgegengewirkt und eine europäische gemeinsame Risikoanalyse effizienter ausgestaltet werden.
12. Es ist deshalb zu begrüßen, dass die Europäische Kommission die Themenbereiche „Verbesserung der Verwaltungszusammenarbeit“ und „Verbesserung der Situation von Steuerbürgern in der EU“ – insbesondere auch Vermeidung der Doppelbesteuerung – weiter in den Fokus rückt und wichtige steuerpolitische Verbesserungen erreichen will. Gerade die Verbindung der Themen unter dem Arbeitstitel „cooperative compliance“ kann wichtige Synergieeffekte heben. Die Kommission betritt hier einen zukunftsweisenden Weg.
13. Die Richtlinie, die insbesondere die Ausweitung des Informationsaustauschs zum Ziel hatte, hält die Datenschutz-Standards der jeweiligen Mitgliedstaaten ein. Diese müssen den Standards der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) entsprechen. Zudem muss sichergestellt sein, dass die neuen Verfahren zu keiner Mehrbelastung der Wirtschaft und der Bürger führen.
14. Zusammengefasst ergibt sich aus den Erfahrungen Bayerns, dass eine Erweiterung des Rechtsrahmens für eine gemeinsame Risikoanalyse durch die europäischen Steuerverwaltungen entlang folgender Linien zielführend wäre:
  - In Ergänzung der bisherigen Rechtsinstitute sollte ein neues formalisiertes Verfahren für eine frühzeitige Zusammenarbeit der Steuerverwaltungen geschaffen werden, das eine Identifikation von Prüfungsschwerpunkten bzw. eine Abschichtung unproblematischer Aspekte vorsieht.
  - Dazu bedarf es klarer und abgestimmter Regeln, nach welchen Grundsätzen und für welche Rechtsfragen dieses Kooperationsverfahren betrieben werden kann.
  - Die Stellung des Unternehmens und seine Beteiligungsmöglichkeiten sind genau zu definieren. Insbesondere ist auch der Grad seiner Mitwirkung zu regeln.
  - Es sollte einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen für den Abschluss dieser Verfahren geben; das europäische Recht sollte eine Regelung enthalten, wie die Ergebnisse im Verhältnis zwischen den Staaten und im Verhältnis zwischen der jeweiligen Steuerverwaltung und den Unternehmen fixiert werden.
  - Eine frühzeitige gemeinsame Analyse von grenzüberschreitenden Sachverhalten darf nicht nur multinationalen Unternehmensgruppen offenstehen, sondern muss auch für europaweit agierende mittelständische Betriebe zugänglich sein.

Gerade für mittelständische Betriebe muss die steuerliche Rechtssicherheit gezielt verbessert werden.

- Von einer frühzeitigen gemeinsamen Analyse sollten auch andere internationale Verfahren – insbesondere Streitbeilegungs- und Streitvermeidungsverfahren – profitieren, indem die Verwertung der Ergebnisse auch für Vorabverständigungsverfahren (sog. APAs) und Joint Audits vorgesehen wird.

Die Stellungnahme wird unmittelbar an die Europäische Kommission übermittelt.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

I.V.

**Karl Freller**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

### **Abstimmung**

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

## Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen  
 oder  
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

### Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union  
 Steuern  
 Rechte der Steuerzahler in der EU – vereinfachte Verfahren für mehr  
 Steuerehrlichkeit (Empfehlung)  
 10.03.2021 - 02.06.2021  
 Drs. 18/15369, 18/16615 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und  
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/16615  
 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die  
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss  
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union  
Steuern  
Steuerbetrug und Steuerhinterziehung – Verstärkung der Vorschriften  
für die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und Ausweitung des  
Informationsaustauschs  
10.03.2021 - 02.06.2021  
Drs. 18/15370, 18/16616 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/16616  
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die  
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss  
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union  
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den  
Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der  
Regionen: Digitaler Kompass 2030 - der europäische Weg in die digitale  
Dekade  
COM(2021) 118 final  
BR-Drs. 238/21  
Drs. 18/15374, 18/16712 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag nimmt das Vorhaben mit der auf Drs. 18/16712  
veröffentlichten Maßgabe zur Kenntnis.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die  
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss  
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union  
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Überprüfung der Handelspolitik - Eine offene, nachhaltige und entschlossene Handelspolitik  
COM(2021) 66 final  
BR-Drs. 181/21  
Drs. 18/15375, 18/16711 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Dem Vorhaben wird zugestimmt.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

#### Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen SPD  
Rahmenbedingungen für Fachlehrerinnen und Fachlehrer an Bayerns Schulen endlich verbessern  
Drs. 18/8849, 18/16676 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. SPD  
Alle Lehrer brauchen Laptops!  
Drs. 18/13306, 18/16677 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Praxisunterricht in Pflegeschulen ermöglichen  
Drs. 18/13477, 18/16678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)  
Produktion von Wasserstoff an bayerischen  
Kernkraftwerken ermöglichen  
Drs. 18/14004, 18/16824 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Neubau Konzerthaus – Entscheidungen nicht weiter hinauszögern  
Drs. 18/14134, 18/16319 (A)

Über den Antrag wurde bereits entschieden.

10. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Studie über die Abhängigkeit der bayerischen Wirtschaft von China  
Drs. 18/14201, 18/16796 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



15. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Impulsprogramm „Kunst nach draußen!“  
Drs. 18/14785, 18/16699 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Arbeit bezahlen statt Stillstand – Stipendienprogramm für alle ausweiten  
Drs. 18/14790, 18/16700 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Zusammenhang zwischen sozialem Status und Coronainfektionen  
in Bayern endlich erheben und aufarbeiten!  
Drs. 18/14792, 18/16635 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer, Klaus Adelt u.a. SPD  
Sonderpädagogische Zusatzqualifikation für Berufsschullehrkräfte  
deutlich ausbauen  
Drs. 18/14883, 18/16692 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU  
Auswirkungen der Coronapandemie auf Kinder und Jugendliche frühzeitig entgegenwirken  
Drs. 18/14884, 18/16636 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Schnelle Corona-Schutzimpfung für Menschen mit Behinderung oder Vorerkrankungen unkompliziert ermöglichen!  
Drs. 18/14982, 18/16589 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)  
Corona-Tests an bayerischen Schulen nur auf freiwilliger Basis durchführen  
Drs. 18/15079, 18/16675 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)  
Mehr Nähe und Miteinander in Seniorenheimen ermöglichen angesichts hoher Durchimpfungsrate  
Drs. 18/15080, 18/16583 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
EU-Förderung transparent einsetzen und Haushaltsrecht des Parlaments ernst nehmen!  
Drs. 18/15083, 18/16855 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)  
Unmittelbarer und wirtschaftlicher Klimaschutz durch Technologieoffenheit im motorisierten Verkehr – klimaneutral erzeugte Kraftstoffe auf CO<sub>2</sub>-Flottenbilanz anrechnen  
Drs. 18/15084, 18/16856 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)  
Direkte und indirekte Testpflicht für Arbeitnehmer verhindern  
Drs. 18/15085, 18/16792 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Modellversuche zur Untersuchung von Öffnungsschritten durchführen  
Drs. 18/15087, 18/16584 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)  
Mehr Normalität für geimpfte Menschen in Pflegeheimen und  
Einrichtungen der Behindertenhilfe  
Drs. 18/15128, 18/16585 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



32. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD  
Für eine bleifreie Jagd – Weg von bleihaltiger Jagdmunition  
Drs. 18/15191, 18/16628 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD  
Heimischen Obstbau schützen –  
marmorierte Baumwanze nachhaltig bekämpfen!  
Drs. 18/15213, 18/16627 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Europabegeisterung an Bayerns Schulen wecken!  
Drs. 18/15222, 18/16693 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. SPD  
Task Force Qualitätsmängel in der Pflege  
Drs. 18/15223, 18/16652 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. SPD  
Bericht über Personalausstattung der Heimaufsicht  
Drs. 18/15224, 18/16653 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. SPD  
Pflegebedürftige schützen – Heimaufsicht neu ordnen  
Drs. 18/15226, 18/16654 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)  
Mindestens AGVES-Empfehlungen zur Euro-7-Abgasnorm anwenden – umweltfreundlichen und innovativen Verbrennungsmotor ermöglichen  
Drs. 18/15248, 18/16873 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Fackler, Josef Zellmeier, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Senkung der Jahresentgelte für die Errichtung eines Mobilfunkmastes auf einer Freifläche des Freistaates Bayern und Anpassung an die Konditionen des Bundes  
Drs. 18/15270, 18/16322 (ENTH)

Über den Antrag wurde bereits entschieden.





48. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten im Bundesrat nachbessern  
Drs. 18/15395, 18/16857 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

49. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Digitalisierung bei Kulturförderung voranbringen  
Drs. 18/15396, 18/16703 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülsere Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Migrantenorganisationen und -vereine müssen bei Corona-Hilfen berücksichtigt werden!  
Drs. 18/15398, 18/16320 (A)

Über den Antrag wurde bereits entschieden.

51. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Nachhaltigkeit an Hochschulen: Betrieb (IIIb) – Klimaneutralität der Hochschulverwaltungen bis 2030  
Drs. 18/15399, 18/16704 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



55. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Nachhaltigkeit an Hochschulen: Forschung & Lehre (IIa) –  
Zertifikatsprogramme zum Thema Nachhaltigkeit unterstützen  
Drs. 18/15405, 18/16707 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

56. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Nachhaltigkeit an Hochschulen: Betrieb (IIIa) –  
Nachhaltigkeitsberichterstattung als Chance erkennen  
Drs. 18/15406, 18/16708 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

57. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Frühzeitige Planung von kontaktlosen Prüfungen  
Drs. 18/15433, 18/16709 (A)

**Antrag der SPD-Fraktion** Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

58. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Josef Zellmeier, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Zukunft der digitalen Lehre: Lehren aus den Corona-Semestern ziehen  
Drs. 18/15446, 18/16696 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

59. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Tierwohl darf dem Lockdown nicht zum Opfer fallen –  
Perspektiven für Hundeschulen schaffen  
Drs. 18/15452, 18/16657 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

60. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD  
Leben retten durch Stammzellenspende –  
Typisierung in Corona-Testzentren ermöglichen  
Drs. 18/15482, 18/16658 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>





68. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Einführung des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen  
im staatlichen Hochbau  
Drs. 18/15724, 18/16647 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

69. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Sarglose Bestattungen auf Bayerns Friedhöfen –  
die Kommunen jetzt in der Umsetzung unterstützen  
Drs. 18/15729, 18/16639 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

70. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Infrastruktur für Kulturveranstaltungen:  
Existenz sichern – Spielstättenprogramm verlängern  
Drs. 18/15733, 18/16847 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

71. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Verbot der rechtsextremen Organisation „Der III. Weg“  
Drs. 18/15735, 18/16638 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

72. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Negative Schnelltests an Schulen schriftlich bestätigen –  
Kosten und Aufwand sparen  
Drs. 18/15740, 18/16637 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

73. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
COVID-19-Pandemie global und solidarisch eindämmen –  
Bayern beteiligt sich am Impfprogramm der WHO  
Drs. 18/15741, 18/16853 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

74. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Zusätzliche Impfstoffkontingente für bayerische Hochschulstandorte  
Drs. 18/15751, 18/16854 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

75. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. SPD  
Kindern und Jugendlichen mehr Freiraum geben –  
Sichere Öffnung der Aktivspielplätze in Bayern ermöglichen  
Drs. 18/15756, 18/16660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

76. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)  
Scheinehen verhindern – Mindestehezzeiten erhöhen  
Drs. 18/15776, 18/16641 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

77. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Florian von Brunn u.a. SPD  
Imker fördern – Bienen fördern – Honiguntersuchungen fördern!  
Drs. 18/15796, 18/16786 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

78. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Florian von Brunn u.a. SPD  
Auf dem Friedhof brummt das Leben!  
Drs. 18/15797, 18/16874 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

79. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Florian von Brunn u.a. SPD  
Nutzhanf-Produzenten nicht kriminalisieren!  
Für eine rechtssichere Basis in Anbau und Vertrieb.  
Drs. 18/15808, 18/16630 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

80. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Sachstandsbericht zum Standortprozess des zweiten Dienstsitzes des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr in Augsburg  
Drs. 18/15816, 18/16662 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

81. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)  
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag  
Drs. 18/15838, 18/16642 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

82. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kinder und Jugendliche jetzt vorrangig behandeln:  
Jugendarbeit, Freizeit, Erlebnislernen und soziale Kontakte  
verlässlich und sicher ermöglichen  
Drs. 18/15844, 18/16793 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

83. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)  
Waldbesitzer unterstützen: Bundesverordnung  
zum Holzeinschlag aussetzen  
Drs. 18/15845, 18/16787 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>





